



Rede von

Gerhard Zorn

**Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
im Rheinisch-Bergischen Kreis**

zum

Haushalt 2018

**Zukunft im Kreis und in den Kommunen
gemeinsam gestalten**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zunächst über einige Gesellschaften sprechen, an denen der Kreis beteiligt ist.

Reden wir über – den Flughafen Köln-Bonn!

Der Flughafen Köln-Bonn ist wichtig für die Infrastruktur in der Region. Er ist nicht nur einer der großen Arbeitgeber in der Region. Er ist im Hinblick auf das Thema Fluglärm und Eingriffe in die Wahner Heide auch Objekt großer Auseinandersetzungen in der Region.

Gerne würden wir alle mehr erfahren über die internen Gespräche im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung. Unsere Mitglieder in den Gremien dürfen hierzu wohl nichts sagen. Über eine Frage aber dürfen sie genau wie wir alle öffentlich sprechen: Ihre Meinung zum Thema einer möglichen Privatisierung!

Die Berufung von Friedrich Merz kann als erste Maßnahme zur Teilprivatisierung des Flughafens gewertet werden. Daran ändert auch die Beteuerung der Landesregierung nichts, mit ihr sei die Privatisierung ausgeschlossen. Wenn man einen Brand löschen will, ruft man nicht einen Brandstifter.

Für die SPD-Fraktion sage ich: Der Flughafen Köln/Bonn muss im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben. Eine Veräußerung von Anteile an Private lehnen wir ab. Die vom Kreis entsandten Mitglieder in den Gremien fordere ich auf, sich klar und öffentlich gegen eine Privatisierung auszusprechen.

Reden wir über die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft – kurz RBS!

Die SPD-Fraktion hat 2015 hier in den Kreistag eine Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum eingebracht. Wir haben im Kreistag mit großer Mehrheit beschlossen, einerseits die vorhandenen Neubaupläne der RBS zügig zu realisieren und andererseits Grundstücke im gesamten Kreisgebiet anzukaufen.

Die RBS setzt dies um. Es werden 470 neue Wohnungen – davon 200 zusätzliche – geplant. Es wird bei der RBS ein Investitionsvolumen von 100 Millionen Euro für den Wohnungsneubau aktiviert. Besonders erfreulich ist, dass die Grundstücke in Bergisch Gladbach, Kürten und Wermelskirchen liegen und in allen anderen Kommunen Gespräche geführt werden. Grundstücke werden überall gesucht, weil zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum überall gebraucht wird.

Die RBS ist aus Sicht der SPD-Fraktion die geeignete Gesellschaft, um im ganzen Kreis – aber natürlich auch in Bergisch-Gladbach – bezahlbaren Wohnraum bedarfsgerecht auszubauen und barrierefreie Wohnungen anzubieten.

Reden wir über die Wupsi und die RVK.

Die beide Gesellschaften haben unterschiedliche Stärken. Die RVK kann aufgrund ihrer Struktur eher als andere innovativ vorangehen – Stichwort: Wasserstoffbus! Die Wupsi ist wirtschaftlich optimal aufgestellt.

Beide Gesellschaften bringen jetzt den Ausbau des ÖPNV im Kreis durch eine deutliche Verbesserung des Taktes – Schließung von Taktlücken und Verlängerung des dichteren Taktes auf den Hauptlinien bis in den Abend – deutlich voran.

Beide Gesellschaften kooperieren sehr gut miteinander. Eine Fusion steht nicht an! Sie wäre aber, sollte sich die Frage einmal stellen, einer Vergabe der Verkehrsleistung an private Unternehmen eindeutig vorzuziehen.

Ich begrüße, dass das Sozialticket über 2018 hinaus gesichert ist. Die deutliche Kritik der Sozialverbände und der SPD hatte Erfolg. Die Landesregierung NRW hat erklärt, die geplante Kürzung des Zuschusses sei ein Fehler gewesen. Ich stelle fest: das Stimmt!

Meine Damen und Herren,

ich komme zum Thema Geld. Und bekanntlich hört beim Thema Geld die Freundschaft auf. So ist das seit Jahren auch beim Thema Kreisumlage.

Zunächst eine Feststellung: Die Einnahmen aus der Kreisumlage sind nicht die Mittel der Kommunen. Es ist der nach der Finanzierungsstruktur der kommunalen Familie in NRW vorgesehene – für die Aufgaben des Kreises erforderliche – Anteil des Kreises an den Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen des Landes, da der Kreis keine eigenen Steuereinnahmen hat.

Die Kommunen sehen dies gelegentlich, vor allem aber öffentlich, anders.

Und die Frage, was erforderlich ist, ist gelegentlich – vereinzelt auch heftig – umstritten. Gerade deswegen ist es wichtig, in diesen Fragen offen, transparent, glaubwürdig und fair zu agieren.

Die Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen der Kommunen im Kreis sind deutlich gestiegen – um 7 %. Dies bedeutet eine Einnahmesteigerung über alle Kommunen im Kreis gemäß der Modellrechnung von knapp 25 Mio. €. Hier-von hätte der Kreis bei den Einnahmen aus der Kreisumlage profitiert.

In dieser Situation hat sich der scheidende Landrat Tebroke entschieden, den Kommunen sein persönliches Abschiedsgeschenk zu machen. Er hat im August 2017 angekündigt, den Kreisumlagesatz um 3,45 %-Punkte zu senken. Zu diesem Zeitpunkt bedeutete dies eine Reduzierung der Einnahmen aus der Kreisumlage von ca. 9 Mio. €. Auf Basis der Zahlen von heute – Dezember 2017 – führt dies zu einer Reduzierung von 13,1 Mio. €.

Der Kreis erwartete im August 2017, dass die Ausgleichsrücklage bei abgesenktem Kreisumlagesatz nur noch bis Ende 2020 reichen wird. Ist diese Rücklage verbraucht, ist die Kreisumlage zu erhöhen.

Wer auch immer dies wann wo diskutiert oder nicht diskutiert hat: Der damalige CDU-Bundestagskandidat Tebroke hatte keine laute Kritik zu erwarten.

Meine Damen und Herren,

wenn es einen richtigen Zeitpunkt gab, die Ausgleichsrücklage in den Blick zu nehmen und deren Erhalt über 2020 hinaus anzustreben, wie es CDU und wohl auch die Grünen aktuell diskutieren, war dies im August 2017.

Wenn es einen Zeitpunkt gab, über die Frage zu diskutieren, ob die Entlastung jetzt oder erst 2020 / 2021 erfolgen soll, war es im August 2017! Und dies hätte mit den Kommunen und der Politik im Kreis diskutiert werden müssen.

Wenn es einen Zeitpunkt gab, über die Stabilität der Kreisumlage nachzudenken, wie es die Freien Wähler jetzt tun, war dies im August 2017.

Heute gebiet es die Glaubwürdigkeit und die Fairness gegenüber den Kommunen, die Senkung der LVR-Umlage 1 zu 1 an sie weiterzugeben!

Drei Gründe:

Erstens: Der Kreis betont immer wieder, dass ca. 50 % des Aufwandes, der über die Kreisumlage erwirtschaftet werden muss, durch die Landschaftsumlage verursacht wird. Wer dies so herausstellt, wer dies so betont, der muss wesentliche Änderungen bei der Landschaftsumlage 1 zu 1 an die Städte und Gemeinden weitergeben. Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit gegenüber den Kommunen!

Denn die Glaubwürdigkeit den Kommunen gegenüber gestattet eines nicht: Die durch Senkung der Kreisumlage selbst verursachte – behauptete – Notwendigkeit, weitere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage vorzunehmen, jetzt zum Anlass zu nehmen, die Entlastung durch den LVR beim Kreis zu behalten. Der Kreis muss die Entlastung weitergeben. Er darf die in Rede stehenden 9,2 Mio. € 2018 nicht mit „klebrigen Fingern“ seiner Rücklage zuführen!

Zweitens: Diese Überlegung wird auch gestützt durch bisherigen Prognosen.

Das Defizit 2014 war mit 5,3 Mio. € geplant. Ein Überschuss von 1,3 Mio. € wurde festgestellt.

Das Defizit 2015 war mit 3,1 Mio. € geplant. Es wurde mit 180.000 € festgestellt.

Das Defizit 2016 war mit 8,2 Mio. € geplant. Es wurde mit 320.000 € festgestellt.

Mit den Worten der Kämmer der kreisangehörigen Kommunen heißt dies: In den Jahren 2012 bis 2016 wurden Defizite von rd. 31 Mio. Euro geplant. Das tatsächliche Defizit betrug in dem gesamten Zeitraum schlappe 720.000 €. Die durchschnittliche Ergebnisverbesserung betrug damit pro Jahr rd. 6 Mio. Euro.

Richtig: Es gab für jedes Jahr nachvollziehbare Gründe. Aber auch wenn die Daten für 2017 erwarten lassen, dass die Zahlen nahe beieinanderliegen, zeigen die genannten Daten, dass die Planung der Rücklage nicht Gewissheit ist.

Wenn die Planung der nächsten fünf Jahre so umgesetzt wird wie die der letzten fünf Jahre, wie lang reicht dann die Rücklage? Bis 2023, bis 2025 oder sogar länger.

Für die SPD-Fraktion stelle ich daher fest: Die Fairness gegenüber den Kommunen gebietet eine Entlastung jetzt statt einer Entlastung irgendwann später.

Drittens: Die Kommunen haben keine Rücklagen, sondern einen Investitionsstau z.B. in den Schulen. Die Kommunen haben keine Rücklagen, viele stehen vor der Entscheidung, weiter die Gewerbe- und oder Grundsteuern anzuheben.

Für die SPD fordere ich den Kreistag auf, mit den Kommunen in dieser Frage glaubwürdig und fair umzugehen! Für die SPD fordere ich den Kreistag auf, die Entlastung des LVR an die Kommunen 1 zu 1 über den Haushalt 2018 weiterzuleiten. Und natürlich entscheidet diese Frage über unsere Zustimmung zum Haushalt 2018.

Meine Damen und Herren,

die SPD steht unabhängig von der Entscheidung über den Gesamthaushalt zu der Ausweitung des ÖPNV-Angebots im ganzen Kreis. Die hierfür erforderlichen 1,7 Mio. € sind richtig investiert. Die SPD fordert nach wie vor von der Firma Wiedenhoff, die Taktverdichtung auch auf ihren Linien umzusetzen. Burscheid und Leichlingen können erwarten, dass sie die Taktverdichtung im ÖPNV nicht nur mit bezahlen, sondern eine Taktverbesserung selbst auch bekommen. 200.000 € stehen hierfür als Teil der 1,7 Mio. € bereit.

Die SPD setzt sich dafür ein, erneut 160.000 € für die Instandsetzung von Fahrradwegen bereitzustellen. Wir wollen dies langfristig und wir wollen, dass das Personal wirklich zur Verfügung steht, um zusätzliche Maßnahmen in diesem Bereich auch umsetzen zu können.

Angeregt durch unsere Landratskandidatin Tülay Durdu setzt sich die SPD dafür ein, Cybermobbing an Schulen zum Thema zu machen. Schülerinnen und Schüler, aber auch Schulen und Kindertagesstätten müssen beraten und gestärkt werden.

Opfer fühlen sich öffentlich an den Pranger gestellt. Dieses Gefühl ändert sich auch nicht nach der letzten Unterrichtsstunde. Das Smartphone hat keine große Pause. Der Nutzen neuer Technik hat eben auch Schattenseiten. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler brauchen hier Hilfe, Verständnis und aktive Unterstützung. Sie brauchen Beratung, die ihnen wieder Mut macht und Selbstvertrauen zurückgibt.

Wir sehen, dass es hier die Bereitschaft gibt, sich aktiv mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Wir sind daher einverstanden, den Punkt in den Fachausschuss zu verweisen und dort weitere Maßnahmen – und ggf. auch Mittel – bereitzustellen.

Wir wollen die Qualität des schulpsychologischen Dienstes, der eine gute und unverzichtbare Arbeit leistet, weiter verbessern. Konkret wollen wir das im Haushalt genannten Ziel, den ersten Kontakt innerhalb der ersten sechs Wochen, noch häufiger realisiert sehen.

Mein Dank gilt Herrn Eckel und seinem Team für faire und umfassende Information und Unterstützung bei der Beratung des Haushaltes.

Meine Damen und Herren,

der Kreis hat in den vergangenen Jahren durch Fallzahlsteigerungen, Anforderungen des Gesetzgebers und politische Initiativen den Stellenplan deutlich ausgeweitet. Dies erhöht nicht nur die Personalkosten, sondern auch den Raumbedarf. Wir müssen uns darauf verständigen, dass zukünftig grundsätzlich innerhalb der bestehenden Räumlichkeiten eine Lösung gefunden wird.

Gleichzeitig steht der öffentliche Dienst in einer schärfer werdenden Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern. Dies gilt, wenn es um Nachwuchskräfte geht. Dies gilt aber erst recht, wenn es um Spezialisten – z.B. Ärzte und Ingenieure - geht. Hier können wir oft nur mit modernen und flexiblen Arbeitsmöglichkeiten punkten.

Mein Dank geht daher an Frau Thieme und ihr Team. Wir sehen, dass sich bei Teilzeit und Homeoffice der Kreis in Richtung moderne Arbeitswelt bewegt. Wir sehen aber auch, dass noch viel zu tun ist!

Anerkennung verdienen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises. Sie arbeiten für die Menschen hier im Kreis – und sie arbeiten gut!

Herzlichen Dank!